

//BESCHLUSS//

Die GEW stellt sich entschieden der AfD entgegen

Datum: 26.09.2017

Beschreibung: Beschluss des Landesdelegiertenkonferenz

Inhalt:

Rechtspopulistische Gruppierungen und andere Organisationen der extremen Rechte vertreten nicht nur eine extrem gefährliche, rechte Politik und bedienen und befeuern in ihrem politischen Handeln gefährliche Ressentiments, sie stehen auch programmatisch sämtlichen Zielen und Aufgaben der GEW diametral entgegen. Mit Gruppierungen, die die Gleichheit aller Menschen bestreiten, kann man nicht in Dialog treten, sondern man muss ganz klar Gegenposition beziehen.

Das ist Aufgabe der Gewerkschaft und auch der GEW.

Die GEW tritt für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie unveräußerliche Menschenrechte ein (§ 6.4 GEW-Satzung). In der Auseinandersetzung mit rechter Ideologie, Politik und Praxis verteidigt die GEW offensiv Werte, die sie als Bildungsgewerkschaft auszeichnen: Solidarität, Demokratie, Gleichheit der Bildungschancen, gleiche Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft für alle. Sie tritt für Antifaschismus, Antinationalismus, Antimilitarismus und kämpft gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Anti-Genderismus, Islamphobie und Fremdenfeindlichkeit.

Diese Positionen und Ziele der GEW stehen rechtspopulistischen Parteien wie der AfD und Gruppierungen der extremen Rechte unvereinbar gegenüber. Sie können deshalb nicht politische Gesprächspartner*innen der GEW sein. Denn Hetzpropaganda ist keine Meinungsäußerung – sie ist eine Form der Gewalt. Die politischen Ziele der GEW stehen den Zielen der AfD diametral entgegen.